



St.Gallen, 22. Mai 2018

Die Leistungen der Pensionskasse müssen überprüft und in eine nachhaltige Finanzierungspolitik überführt werden

***von Kantonsrat Michael Götte, Tübach,
Fraktionspräsident SVP Kanton St.Gallen, Mitglied Finanzkommission***

ES GILT DAS GESPROCHENE WORT

Die SVP unterstützt die Abstimmungsvorlage zur Einmaleinlage in die Pensionskasse, über welche die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger im Kanton St.Gallen am 10. Juni abstimmen, zähneknirschend. Dank der SVP-Fraktion konnte die ursprüngliche Vorlage der Regierung von über 200 Millionen Franken auf 128 Millionen Franken gekürzt werden und die Mitarbeiter müssen sich an der Ausfinanzierung beteiligen. Dies ist das äusserte Limit, zu dem die SVP Ja sagen kann. Die SVP erwartet von der Stiftung St. Galler Pensionskasse, dass sie ihre Leistungen überprüft und in eine nachhaltige Finanzierungspolitik überführt.

Im Jahr 2013 sagten 70 Prozent der Stimmenden im Kanton St.Gallen Ja zur Verselbständigung und Schaffung der St.Galler Pensionskasse, der Pensionskasse für das Staatspersonal. Die damalige Vorlage sah vor, dass sich der Kanton mit über 215 Millionen Franken an der Ausfinanzierung von 287 Millionen Franken beteiligt. Bereits kurz darauf zeigte sich, dass die Annahmen von damals nicht korrekt resp. zu optimistisch waren – wie leider so oft bei Vorlagen der Regierung. Von Seiten der Regierungen wurden zudem Versprechungen an die Staatsangestellten gemacht, die nicht eingehalten werden konnten. Um wohl ihr Gesicht zu wahren, hat die Regierung dem Kantonsrat bereits im Jahr 2016 eine Vorlage zugeleitet, die eine nochmalige Einlage in die Pensionskasse von über 200 Millionen Franken forderte. Und die Botschaft der Regierung sah keine Mitarbeiterbeteiligung vor. Zu so etwas sagte die SVP von Anfang an klar Nein. Es kann nicht sein, dass man nur wenige Jahre, nachdem die Stimmbürger bereits einen grossen Beitrag geleistet haben, nochmals ein Beitrag in der fast gleichen Höhe fordert. Wenn Mitglieder der Regierung Versprechen machen, die nicht einzuhalten sind oder die keine politische Mehrheit haben, dann ist das das Problem des jeweiligen Regierungsmitgliedes, aber nicht des Kantonsrates und schon gar nicht den Stimmvolkes. Die SVP-Fraktion hat sich daher klar dafür eingesetzt, dass die ursprüngliche Botschaft der Regierung von der Finanzkommission vertieft geprüft und nach Alternativen gesucht wird. Ich bin selber Mitglied der Finanzkommission und habe an vielen Sitzungsstunden teilgenommen, wo wir die Situation der Pensionskasse geprüft, diskutiert und nach anderen Lösungen gesucht haben – eigentlich Sachen, die Aufgabe der Regierung gewesen wären. Doch uns war es wichtig, eine Lösung zu finden, damit die Verselbständigung der Pensionskasse nun endlich abgeschlossen werden konnte. Dank der SVP konnte die Finanzkommission dem Kantonsrat einen Kompromissvorschlag unterbreiten, der eine Einmaleinlage von 128 Millionen Franken sowie eine Mitarbeiterbeteiligung vorsieht.

Ein zähneknirschendes JA von Seiten der SVP

Die SVP-Fraktion wie auch die Delegierten der SVP des Kantons St.Gallen empfehlen den Stimmberechtigten am 10. Juni ein Ja zu diesem Kompromiss in die Urne zu legen. Dies jedoch ohne Begeisterung und zähneknirschend. Für die SVP sind die 128 Millionen Franken der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler das absolute Maximum, das nochmals in die Pensionskasse der Staatsangestellten eingebracht werden kann. Vor dem Hintergrund, dass viele Gewerbetreibende sich keine oder nur Pensionskassen mit kleinen Leistungen finanzieren können, aber nun mit ihren Steuergeldern hohe Pensionskassen der Staatsangestellten ermöglichen sollten, ist dieser Betrag immer noch sehr hoch. Doch die SVP anerkennt, die der Kanton hier in seiner Rolle als Arbeitgeber handelt und eine gewisse Verantwortung trägt.

Stiftung muss Leistungen überprüfen und nachhaltige Finanzierungspolitik erarbeiten

Die SVP anerkennt, dass die St.Galler Pensionskasse unabhängig und selbständig ist. Sie erwartet daher, dass mit dieser Einmaleinlage von 128 Millionen Franken der Verselbständigungsprozess nun definitiv abgeschlossen ist. Und die SVP erwartet vom Stiftungsrat, dass sie die Leistungen überprüft und eine nachhaltige Finanzierungspolitik erarbeitet, damit nicht in wenigen Jahren nochmals eine Einlage vom Kanton gefordert wird.

Auskünfte erteilt:

Michael Götte, Fraktionspräsident, Tel: 079 601 05 06